

# Der Freisinn FDP

Nr. 2  
Februar 1988  
10. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Langfristiges wirtschaftliches Wachstum

## Voreilige «Untergangspropheten»

Der Börsen-«Crash» vom 19. Oktober des vergangenen Jahres versetzte der Weltwirtschaft einen kräftigen Schock. Die danach gemachten Prophezeiungen vom Niedergang der Weltwirtschaft haben sich zumindest bisher nicht bewahrheitet. Nach dem jüngsten Stand der Dinge dürfte es mit grösster Wahrscheinlichkeit auch dabei bleiben, wie Peter Morf (Zürich) nachstehend begründet:

Betrachtet man die langfristige weltwirtschaftliche Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg, so muss die konjunkturelle Bedeutung des «Crash» relativiert werden. Eine im vergangenen Jahr erschienene amerikanische Studie kommt nämlich zum Schluss, dass sich die Weltwirtschaft seit dem Beginn der fünfziger Jahre – trotz allen inzwischen erlebten Krisen – in einer langfristig ausgeprägten Wachstumsphase befindet.

### Ostblock an der Spitze

Die Studie errechnet – gemessen am Wachstum des realen Bruttoinlandproduktes (BIP) – für die Phase von 1950 bis 1984 ein reales weltwirtschaftliches Wachstum von jährlich rund 4,4%. An der Spitze liegen die Zentralverwaltungen des Ostblocks mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 5,4%. Dieser «Wachstumserfolg» geht allerdings zu einem schönen Teil auf einen Basiseffekt zurück: Das Ausgangsniveau nach dem Krieg war in diesen Ländern ausgesprochen tief. Die damals einsetzende

Aufbauarbeit markierte erst den eigentlichen Eintritt in das Industriezeitalter, währenddem die Industriestaaten schon ein wesentlich höheres Wohlstandsniveau aufwiesen.

An zweiter Stelle folgten mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4,8% die 86 in der Studie berücksichtigten Entwicklungsländer. Auch hier ist ein ähnlicher Basiseffekt wie bei den Zentralverwaltungen geltend zu machen. Die dennoch erstaunliche Rate geht im wesentlichen auf die Länder mittleren Einkommens, insbesondere die Ölexporture sowie die heute gemeinhin als Schwellenländer bezeichneten Staaten wie etwa Brasilien und Korea zurück. An dritter Stelle erst tauchen die 21 Industriestaaten auf, die ein durchschnittliches jährliches Wachstum von knapp 3,9% erreicht haben.

### Unterschiedliche Entwicklung

Pro Kopf der Bevölkerung kommt die Studie auf ein weltweites Wachstum von rund 2,5%. Das

Bild unterscheidet sich bei dieser Betrachtung insofern von jenem der absoluten Wachstumsraten, als die Industrie- und die Entwicklungsländer die Plätze getauscht haben. Insbesondere die 29 erfassten Länder mit einem tiefen Einkommen weisen mit nur 1,4% ein stark unterdurchschnittliches Wachstum auf.

Die Studie zerlegte den Beobachtungszeitraum zudem in drei Subperioden. Demnach wurde der weltweite Wachstumshöhepunkt in den Jahren von 1963 bis 1973 erreicht. Das durchschnittliche jährliche Wachstum erreichte damals 5,6%. Stark entwickelten sich in dieser Phase insbesondere die Entwicklungsländer der mittleren Einkommenskategorie. Die Jahre von 1973 bis 1984 brachten weltweit eine deutliche Abschwächung des Wachstums. Trotz der ausgeprägten Rezession der siebziger Jahre sowie der etwas schwächeren zu Beginn der achtziger Jahre wurde allerdings immer noch ein durchschnittliches Wachstum von rund 3,2% erreicht. Jenes der Industrieländer lag mit 2,3% etwas unter dem weltweiten Schnitt. In den von der Studie nicht erfassten Jahren 1985 und 1986 setzte sich der Aufschwung, der 1984 eingesetzt hatte, fort. Zumindest in den Industrieländern lagen die Wachstumsraten in diesen Jahren recht deutlich über dem Schnitt der Periode 1973–84.

### Sonderfall Schweiz?

Der so oft zitierte «Sonderfall Schweiz» existiert zumindest in der langfristigen Betrachtung nicht. Gemäss den Zahlen der nationalen Buchhaltung belief sich das durchschnittliche jährliche

Fortsetzung auf Seite 2

Die Meinung von alt Bundesrat Friedrich

## «Konstruktive Skepsis» gegenüber Moskauer Tauwetter

Eine Delegation der Internationalen Helsinki-Föderation (IHF) weilte unlängst in Moskau. Mit dabei war auch alt Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich, der über die Gespräche orientiert und die jüngste Entwicklung in der Sowjetunion kommentiert:

Die Gespräche, die auf sowjetische Einladung mit höchsten Stellen geführt werden konnten, lassen eine gewisse Öffnung auf sowjetischer Seite erkennen und können überdies wohl als Signal dafür verstanden werden, dass man dort den Menschenrechten im Sinne der Schlussakte von Helsinki allmählich einen höheren Stellenwert beimisst. Dabei ging es in diesen Gesprächen um recht heikle Themen, um die politischen Gefangenen, die Aus- und Einreisemöglichkeiten, die Religionsfreiheit, die Zulassung von Menschenrechtsorganisationen, die Revision des Strafrechts u. a. m.

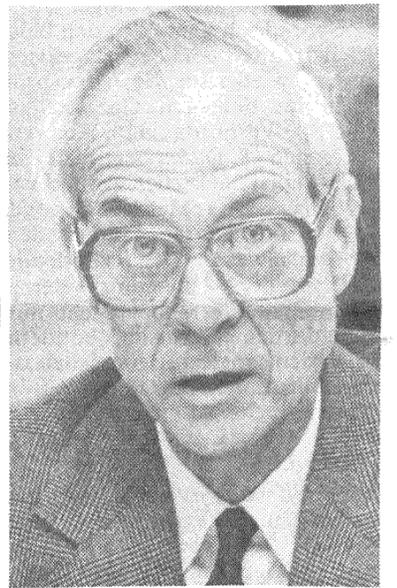
### Unterschiedliche Eindrücke

Wir haben aus den oft recht einlässlichen, viele Stunden dauernden Gesprächen sehr unterschiedliche, teilweise ausgesprochen widersprüchliche Eindrücke gewonnen. Bei etlichen unserer Gesprächspartner stellten wir einen ausgeprägten Reformwillen fest, und es waren dann und wann überraschend offene Diskussionen möglich. Das gilt vor allem für das Institut für Staat und Recht, das mit seinem Entwurf zur Revision des Straf- und Strafprozessrechtes tatsächlich neue Wege beschreitet – so etwa bezüglich der Unabhängigkeit der Gerichte und der Rolle des Verteidigers –, und für das Justizministerium, wo der zuständige Minister persönlich von einer eigentlichen Wende sprach, die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des ganzen Systems unterstrich und die Gesetzgebung als wichtiges Instrument ihrer Durchführung bezeichnete.

Im Aussenministerium führte ein stellvertretender Aussenminister eine ähnlich offene Sprache. Er wertete das Problem der politischen Gefangenen als Hypothek für die sowjetische Aussenpolitik und räumte damit zumindest indirekt ein, dass es solche gibt. Ebenso gab er deutlich zu verstehen, dass man bei seiner Regierungsstelle den Krieg in Afghanistan als schwere Belastung empfinde, deren man sich so rasch als möglich entledigen müsse.

### Name Gorbatschew fiel nicht

Nicht minder häufig gab es aber auch gegenteilige Erfahrungen. So erklärte der Innenminister beispielsweise rundweg, es gebe in der Sowjetunion keine politischen



Gefangenen; das Thema sei gegenstandslos, und wer verurteilt worden sei, habe sich eben gegen das Strafgesetz vergangen. In derselben Weise stellte der Gesundheitsminister in Abrede, dass Oppositionelle in psychiatrischen Kliniken interniert würden, und statt auf unsere Fragen einzugehen, bombardierte er uns mit einer Flut von Zahlen über Kindersterblichkeit, Ärztedichte und medizinische Versorgung. Reform war hier kein Thema; der Name Gorbatschew fiel nicht.

Dass die Reformbestrebungen auf Widerstand stossen, wurde so augenfällig, und auch ihre Befürworter verschwiegen das keineswegs. Mehr noch, gerade bei reformfreundlichen Stellen erging wiederholt der vielsagende Hinweis, dass zwischen Gesetzgebung und administrativer Praxis des Alltags nicht selten erhebliche Unterschiede bestünden und dass die lokalen Behörden in diesem Riesenreich oft recht eigenmächtig vorgingen, mit andern Worten, dass geltende Gesetze gar nicht vollzogen würden. Das scheint auch im religiösen Bereich so zu sein.

### Gespräch mit Sacharow

Mit Nachdruck wurden überdies die gewaltigen sachlichen Schwierigkeiten eines umfassenden Reformprozesses und der grosse Zeitbedarf dafür unterstrichen. Mehrmals hörten wir zudem die Mahnung, nichts zu überstürzen, weil die sonst zu befürchtenden Auflösungserscheinungen den Reformgegnern in die Hände arbeiten würden. Genau diese Be-

Fortsetzung auf Seite 4



Angeregtes Gespräch unter freisinnigen Volksvertretern im Nationalratssaal: Vreni Spoerry-Toneatti (Horgen) unterhält sich mit dem Luzerner Karl Tschuppert (sitzend, links) sowie dem Zuger Georg Stucky (stehend, rechts). Dazwischen FDP-Nationalrat Christian Wanner (SO). (Photo ruti)

Die Unrast im Gazastreifen und im Westjordanland

# Hypothek für Israel

Der Gazastreifen sowie das Westjordanland, beides von Israel besetzte Gebiete, sorgen gegenwärtig für Schlagzeilen. Jaques Baumgartner berichtet:

Die Israeli haben zahlreiche Erklärungen für die Situation in den von ihnen besetzten Gebieten, aber noch keine Lösungen. Sie halten islamische Fundamentalisten für die Urheber des Aufstandes. Die überraschte Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) habe die Rebellion erheblich später als eine politische Waffe aufgegriffen.

## Immer wieder Gewaltausbrüche

Nach israelischer Ansicht möchten die Fundamentalisten ihre Aktionen abbrechen. Doch die von Syrien dirigierte, von Ahmed Dschibril/Jibril und Abu Moussa inspirierte PLO-Weigerungsfront schüre weiterhin das Feuer, und zwar mittels Flugblättern sowie in Radioaufrufen über einen im libanesischen Bekaatal stehenden Sender. Noch präsentierte sich nach aussen hin die Front der aufständischen Palästinenser als Einheit. Jedoch vermerken die Israeli, tiefe ideologische Risse festzustellen. Ihre Hoffnungen scheinen darauf zu gründen, dass Uneinigkeit die Palästinenser letztlich zur «Aufgabe» zwingt.

Sporadisch kam es in den bald 21 Jahren seit dem Sechstagekrieg immer wieder zu Gewaltausbrüchen im besetzten Gazastreifen und im Westjordanland. Am vergangenen 8. Dezember raste in Gaza ein israelischer Armeelastwagen in eine Menschenmenge. Vier Palästinenser fanden den Tod. Das war der zündende Funke der Erhebung, deren Spontaneität offenbar nicht nur die dortige Garnison, sondern auch den sonst so ruhmreichen israelischen Sicherheitsdienst völlig überrumpelte.

## PLO-Druck

Der Aufstand ist auch Ausdruck aufgeregter Verbitterung und schier bodenloser Hoffnungslosigkeit. Gaza ist ein 38 km langer und etwa 10 km breiter Landstreifen

am Mittelmeer. Auf diesem engen Raum leben – und zwar hauptsächlich in Flüchtlingslagern – 600 000 Palästinenser. Zur PLO-Politik gehört, Gaza-Bewohner nicht nur mit leeren Drohungen daran zu hindern, in bessere – von den Israeli erstellte – Behausungen umzuziehen, sondern auch mit Gewalt und Mord. Die Organisation argumentierte, das Lagerleben sei «vorübergehend». Sobald «Palästina befreit» sein werde, könnten die Flüchtlinge wieder in ihre angestammten Wohnstätten in Israel ziehen.

## Reaktionen auch in Israel

Verhängnisvoll wäre es, wenn die Palästinenser, wie die PLO rät, zurückschössen. Dies lieferte den Israeli den Vorwand, um ganz hart durchzugreifen. Wissend um die israelische Reaktion, scheuten sich die Palästinenser bisher, zu verborgen gehaltenen Waffen zu greifen. Andererseits könnten Arafat und seine Männer versucht sein, ein Blutbad zu provozieren. Kalkulierend, dadurch ihren geschwundenen Einfluss, vorab unter den Gaza-Bewohnern, zurückzugewinnen zu können. Zudem könnten sie sich in der sogenannten Weltmeinung die Rolle eines palästinensischen David zulegen, der nun dem israelischen Goliath trotzt.

Die von Fernsehkameras festgehaltenen Tränengas-, Hartgummikugel- und Holzkeulen-Prügel-Einsätze israelischer Soldaten gegen wehrlose palästinensische Jugendliche und Frauen entsetzen seit Wochen selbst amerikanische Juden und riefen in Israel unliebsame Pogrom-Assoziationen wach...

## Vorzeitige Wahlen wahrscheinlich

Die im November fälligen Wahlen zur Knesset (Parlament) dürften als Folge der Wirren vorgezogen werden. Der Konflikt in und um die besetzten Gebiete reisst Gräben in die israelisch-jüdische Gesellschaft. Eine Mehrheit scheint die «Ideologie der gebrochenen Knochen, welche keine Todesopfer nach sich zieht», zu billigen. Applaudiert wird dieser Option der «eisernen Faust» vom Likud des Ministerpräsidenten, Yitzhak Shamir, und von Grossisrael-Ideologen. Geschaffen hat die Prügelpolitik der der Maarach (Sozialdemokraten/Arbeiterpartei) angehörende Verteidigungsminister, Yitzhak Rabin. Die Zahl jener Israeli, die eine solche «Politik» ablehnen, nimmt zu. Ein Grossteil dieser Israeli kann die

passive Haltung, «Schicksalsschläge zu erleiden, weil Gott eben diese für das jüdische Volk vorgesehen hat», nicht in Einklang bringen mit den energischen Unterdrückungsmassnahmen gegenüber den Palästinensern.

Linksradikale und Linksliberale wollen mit der PLO verhandeln, und zwar mit dem Ziel, sich darüber zu einigen, auf dem Westufer des Jordans und im Gazastreifen einen Palästinenserstaat zu schaffen. Auf eine Teilnahme Israels an einer internationalen Konferenz drängen dagegen Maarach und ihr Chef, Aussenminister Shimon Peres. Shamir und sein Likud, verstärkt durch die klerikalistischen Mitläuferfraktionen und die Rechtsopposition, opponieren einer solchen Konferenz. Sie wollen offenbar den seit zwei Jahrzehnten bestehenden Status quo der «kriechenden Annexion» aufrechterhalten. Bestenfalls wäre ein Teil des Likud bereit, die «Totgeburt» einer auf fünf (Übergangs-)Jahre limitierten Palästinenserautonomie wieder auferstehen zu lassen. Eine solche war in den Abkommen von Camp David (1978), welche zum Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten führten, vereinbart worden.

## Neuer Vorschlag aus Washington

Durch die Unruhen sehen sich nun die Vereinigten Staaten im Präsidentenwahljahr gezwungen, das Nahost-«Momentum» eiligst wiederzubeleben. Der «neue» Vorschlag aus Washington berücksichtigt den Widerstand von Shamir gegen eine internationale Konferenz auf Kosten von «Substanzverpflichtungen» gegenüber den Palästinensern. Konkret heisst das: Den Palästinensern wird eine beschleunigte (dreistatt fünfjährige) Autonomie in Aussicht gestellt. Ausserdem soll über den endgültigen Status der (besetzten) Gebiete noch vor Jahresende verhandelt werden. Vorgängig jedoch sollen Wahlen stattfinden. Ein demokratisch gewählter Autonomierat der Palästinenser bestimmt danach seine Vertreter für Verhandlungen mit den Israeli.

Die PLO lehnte den amerikanischen Plan entschieden ab. Yasir Arafat befürchtet, nach freien Wahlen wahrscheinlich die Ambition begraben zu müssen, in einem künftigen Staat der Palästinenser die Alleinmacht zu übernehmen. Vorab die aufrührerische, von der iranischen Revolution inspirierte Jugend im Gazastreifen lehnt eine Arafat-Führung wie eine Föderation mit Jordanien ab.

Im «Austausch» gegen eine Friedensregelung mit Jordanien wäre Peres heute bereit, über das Ausmass einer allfälligen Räumung des Gazastreifens und des Westjordanlandes zu reden. Nicht so Rabin, der ihm bald die Maa-



Eine kritisch dreinblickende Bundesrätin Elisabeth Kopp.

(Photo ruti)

sch-Führung streitig machen dürfte. Der Aussenminister spielt mit einer Karte, die bald, so oder so, stechen könnte.

## Tragisches Ende?

Die «fortgesetzte Unterdrückung», wie Peres warnt, von anderthalb Millionen Palästinensern – die über 700 000 Araber israelischer Staatsbürgerschaft nicht berücksichtigt – drohe «verhängnisvoll» zu werden: Schon um die Jahrhundertwende leben, zusammen mit den israelischen Arabern, nahezu ebenso viele Palästinenser wie Juden unter israelischer Herrschaft. Dann bliebe die Wahl zwischen einem nach dem «Südafrika-Apartheid-Modell» gestalteten Israel und einem demokratisch verbleibenden binationalen israelischen Staat. Letzterer wäre kein jüdischer Staat mehr. Der Traum «zionistischer Verwirklichung» wäre ganz ausgeblüht...



## Für landwirtschaftliche Investitionskredite und Betriebshilfe

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) pflichtet der Änderung des Bundesgesetzes über Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft

zu. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort festhält, misst sie den Investitionskrediten in der bäuerlichen Praxis grosse Bedeutung zu, da sie in ihnen ein erstrangiges Instrument der Agrarpolitik zur Verbesserung der bäuerlichen Betriebsstruktur sieht.

In ihrer Stellungnahme trägt die FDP verschiedene Änderungsvorschläge vor. Danach sollen Beiträge nur dann ausgerichtet werden, wenn dadurch keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen. Den Begriff «bäuerlicher Betrieb» will die Partei mit bäuerlichem Familienbetrieb definiert wissen. Sie erwartet zudem, dass im Gesetz den Interessen der Pächter stärker Rechnung getragen wird.

## FDP fordert Überarbeitung des Bundesgesetzes über Opfer von Gewaltverbrechen

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) anerkennt die Notwendigkeit eines Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfern von Straftaten gegen Leib und Leben, da ein solcher Erlass einem rechtlichen und gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht. Der Vorentwurf dazu enthält weit Teile der Partei zu viele Detailregelungen, weist Tendenzen zum Bürokratischen auf und erscheint ihr nicht sehr praktikabel. Sie schlägt deshalb in ihrer Vernehmlassungsantwort eine Überarbeitung des Gesetzesentwurfes vor.

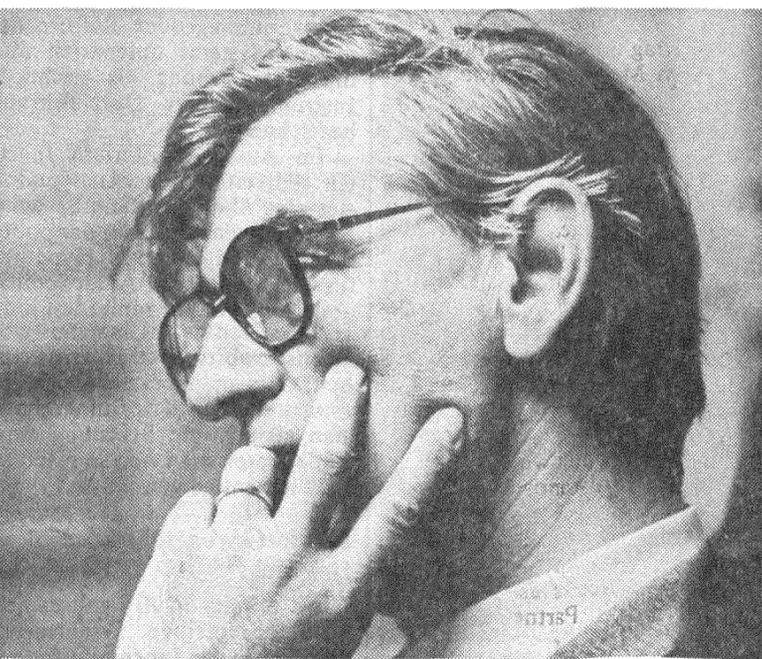
In ihrer Stellungnahme listet die FDP ihre Vorbehalte einlässlich auf. Sie meldet verfassungsrechtliche Bedenken an, da ihr Vorentwurf nicht durch den Verfassungartikel über die Hilfe an Opfern von Straftaten gegen Leib und Leben abgedeckt erscheint. Ihrer Ansicht nach wird der Begriff der Hilfe im Entwurf zu extensiv interpretiert. Vorbehalte bringt sie gegenüber den Bestrebungen an, das Zeugnisverweigerungsrecht auf immer neue Benutzungskategorien auszuweiten. Sie wendet sich gegen die vorgeschlagenen Eingriffe ins kantonale Verfahrensrecht. Ein weiterer problematischer Punkt der Vorlage ist für die FDP die Ausdehnung des Begriffs Leib und Leben, der zudem gesetzestech-nisch anders verwendet werde als im Strafgesetzbuch.

## FDP schützt vor Regen und Schnee

Die meisten Schirme haben einen Nachteil: Sie schützen höchstens eine Person, die zweite wird nass. Das geschieht Ihnen aber nicht mit dem FDP-Doppelschirm; er schützt zwei. Denn der Schirmdurchmesser beträgt geöffnet 130 cm.



Der FDP-Regenschirm ist in zwei Ausführungen zu haben: in einer Normalversion oder als Sportschirm (siehe Abbildung). Letzterer ist nicht nur originell, sondern auch praktisch, denn er hat einen Klappsitzgriff.



FDP-Nationalrat Georg Stucky, zugleich Zuger Finanzdirektor, folgt gespannt den Ausführungen eines Redners in der grossen Kammer. (Photo ruti)

Ja, ich will von einem FDP-Schirm vor dem Regen behütet werden. Senden Sie mir deshalb

- \_\_\_\_\_ Stück FDP-Doppelschirm à Fr. 48.–
  - \_\_\_\_\_ Stück FDP-Doppelsportschirm à Fr. 44.–
  - \_\_\_\_\_ Stück FDP-Normalschirm à Fr. 35.–
- (plus Porto und Verpackung)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

## Überlegungen von freisinniger Seite

## «Zukunft der AHV»

Eine Arbeitsgruppe der FDP der Schweiz hat ein Modell für eine grundlegende Neuordnung der AHV ausgearbeitet. Dieses wurde an einer Pressekonferenz vorgestellt und soll nun parteiintern diskutiert werden. Eine erste Aussprache über diese Vorschläge ist am diesjährigen Parteitag vom 22./23. April in Lugano traktandiert.

Die Gründe für die Erarbeitung eines grundlegend neuen Modells für die 10. AHV-Revision liegen vorab darin, dass die bundesrätlichen Vorschläge vom Dezember 1986 – insbesondere in Frauenkreisen – nicht als eine taugliche Basis erachtet werden. Wohl würde damit in einzelnen Punkten eine Annäherung der Gleichstellung der Geschlechter erzielt; der Verfassungsauftrag vom Jahre 1981 (Art. 4, Abs. 2 BV) würde jedoch nur sehr teilweise erfüllt.

## Überholtes ersetzen

In andern, wesentlichen Punkten hätten die bundesrätlichen Vorschläge voraussichtlich geradezu eine Vereitelung einer durchgehenden Gleichstellung von Mann und Frau in einem späteren Zeitpunkt zur Folge. Ein grundsätzliches Festhalten am System der abgeleiteten Rente festigt alte und schafft neue Rentatbestände, die angesichts des gesellschaftlichen Wandels seit der Inkraftsetzung der AHV im Jahre 1949 nicht mehr vertretbar erscheinen; ihr inskünftiger Ersatz durch Leistungen nach einem geschlechtsneutralen und zivilstandsunabhängigen Rentensystem wäre infolge der kostenmässigen und administrativen Konsequenzen kaum mehr machbar.

Die bundesrätlichen Vorschläge vom Dezember 1986 haben ferner den Nachteil, dass sie nicht Bezug nehmen auf die sich abzeichnende demographisch bedingte Finanzierungslücke. Insbesondere der Einschluss des Postulates des flexiblen Rentenvorbezugs macht es erst recht unausweichlich, dass u. a. die Frage des Rentenalters auch unter dem Aspekt der Gleichberechtigung und der demographischen Verhältnisse einbezogen wird, sofern das finanzielle Gleichgewicht der AHV auch inskünftig ohne Leistungseinbussen und/oder Beitragsmehrbelastungen sichergestellt werden soll.

## Das Konzept der Neuordnung

Grundgedanke der von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Neuordnung bildet die Abkehr vom derzeit geltenden System der abgeleiteten Rente und die Festlegung eines selbständigen Rentenanspruchs für jeden Versicherten unabhängig von seinem Zivilstand. Dies hat im wesentlichen den Wegfall der Zusatzrente für die jüngere Ehefrau, eine Korrektur bei den Anspruchsvoraussetzungen bei der Witwenrente sowie eine entsprechende Einführung einer Witwenrente zur Folge. Dass damit nicht nur ein Verzicht auf heute im allgemeinen sozialpolitisch nicht mehr vertretbare Begünstigungen, sondern in gewissen Fällen neue, unerwünschte Härten geschaffen würden, veranlasste die Arbeitsgruppe, neue, sozialpolitisch relevante Ausgleichsmechanismen vorzusehen, insbesondere für Versicherte, die Betreuungsfunktionen wahrnehmen

und/oder für wirtschaftlich schwächere Versicherte. Es handelt sich dabei um folgende Vorkehren:

- für Versicherte, die kein oder nur ein geringes Erwerbseinkommen erzielen, Beitragsgutschriften, sofern Betreuungsfunktionen zugunsten von Kindern oder von mindestens im mittleren Grade hilflosen Ehegatten oder nahen Verwandten geleistet werden.

- für geschiedene und verwitwete Versicherte die Berechnung der Altersrente auf der Grundlage eines durch den hälftigen Beitragssplitt während der Ehejahre (stärker) geäußerten, individuellen Beitragskontos.

- für wirtschaftlich schwächere verwitwete Versicherte über 45 Altersjahren eine Witwen- oder Witwerrente.

- für Versicherte mit Kindern neu konzipierte Waisenrenten.

Ein weiterer zentraler Punkt der Neuordnung bildet das zu vereinheitlichende Rentenalter. Es soll bei gleichzeitiger Flexibilisierung ab 62. Altersjahr einheitlich bei 65 Altersjahren fixiert werden. Die sich abzeichnenden Mehrbelastungen vorab infolge des sich zunehmend verschlech-

*Die Vorschläge der Arbeitsgruppe werden zusammen mit erläuternden Beiträgen in einer Sondernummer der «Politischen Rundschau» publiziert, die in der zweiten Hälfte des Monats März erscheint. Dieses Heft kann mit nachstehendem Talon bestellt werden. (Den Delegierten der FDP der Schweiz wird es zusammen mit den weiteren Unterlagen für den Parteitag 1988 automatisch zugestellt.)*

ternden Verhältnisses zwischen Rentenberechtigten und Beitragszahlern lässt keine Alternative zu, sofern das finanzielle Gleichgewicht der AHV und damit die Erhaltung des realen Wertes der Renten nicht in Frage gestellt werden sollen.

Den von der Arbeitsgruppe postulierten Vorstellungen für den Übergang vom geltenden zum neuen Recht kommt aus referendums- und sozialpolitischen Erwägungen grosse Bedeutung zu. Dazu zu zählen sind:

- für Rentenbezüger im Zeitpunkt der Inkraftsetzung der Neuordnung Beibehaltung der bisherigen Regelung (Besitzstandsgarantie).

- für verheiratete Versicherte ein Wahlrecht während 12 Jahren, sich für die Leistungen nach altem oder neuem Recht zu entscheiden.

- für versicherte Frauen die Erhöhung des ordentlichen Rentenalters um jährlich 3 Monate (= Rentenalter 65 Jahre nach 12 Jahren) bei erstmaliger Vorbezugsmöglichkeit der Altersrente nach 4 Jahren (ordentliches Rentenalter der Frau = 63), evtl. sofort.

Es ist offensichtlich, dass eine dermassen grundlegende Neuord-

nung während der Übergangszeit administrative Erschwerungen mit sich bringt; diese sind unausweichlich und als Preis der Neuordnung zu betrachten. Demgegenüber wird das neue System nach Ablauf der Übergangsfrist leichter zu handhaben sein als das derzeit in Kraft stehende.

## Nur Gesamtpaket

Die Arbeitsgruppe bejaht mit grosser Mehrheit die Auffassung, dass das geltende Recht mit Vorteil durch eine Neuordnung im Sinne des vorliegenden Modells abgelöst werden sollte. Sie ist fer-

ner der Meinung, dass dies im Rahmen der nächsten AHV-Revision und im Zusammenhang mit Vorkehren zur Überwindung der finanziellen Engpässe infolge der sich abzeichnenden demographischen Ungleichgewichte zu tun ist. Nur im Rahmen eines Gesamtpakets «Neuordnung und Demographie» dürfte es möglich sein, den Verzicht auf sozialpolitisch wenig relevante Leistungen zu realisieren und im Hinblick auf die Gleichstellung von Mann und Frau die schrittweise Erhöhung des Rentenalters der Frau politisch annehmbar zu machen.

## Zum AHV-Modell der Eidgenössischen Frauenkommission

## Interessante Ansätze, aber auch Nachteile

FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry-Toneatti, Horgen, hat sich mit dem AHV-Modell der Eidgenössischen Frauenkommission auseinandergesetzt. Sie ist dabei zu folgenden Feststellungen gekommen:

Die nächste AHV-Revision muss dem Verfassungsgrundsatz der Geschlechtergleichheit und der veränderten Aufgabenzuteilung im neuen Eherecht Rechnung tragen. Das bedeutet, dass die Ehefrau einen eigenen Rentenanspruch erhält und eine Hinterlassenenrente auslösen kann. Es bedeutet aber auch, dass die heute zum Teil unterschiedliche Behandlung von Frauen unterschiedlichen Zivilstandes zugunsten der Ehefrauen und Witwen korrigiert wird. Die eidgenössische Frauenkommission hat ein Modell vorgestellt, das diesen Anliegen gerecht wird. Gleichzeitig bringt es aber auch Umschichtungen im Rentenbezug, die einer sehr eingehenden Abklärung bedürfen.

## Unterschiede zur geltenden Regelung

Die wesentlichen Unterschiede zum heutigen System stellen sich folgendermassen dar: Heute verfügt jeder Versicherte in der AHV über ein eigenes AHV-Konto, auf welchem seine Beiträge während der gesamten Beitragsdauer vor, während und allenfalls nach der Zeit der Ehe gutgeschrieben werden. Handelt es sich beim Versicherten um eine verheiratete Person, so werden im Zeitpunkt der Rentenberechtigung die Beiträge auf den Konten beider Ehegatten zusammengezählt. Die Summe davon ist der Massstab für die Ausrichtung der Ehepaarsrenten und nach dem Tod eines Partners auch für die Rente des überlebenden, rentenberechtigten Ehegatten. Es besteht eine Höchstgrenze der gemeinsamen Einkommen zur Auslösung der Maximalrente. Beiträge auf einem höheren Einkommen bleiben für die Rentenberechtigung unberücksichtigt. Sie sind ein Solidaritätsbeitrag an das Sozialwerk.

Beim Modell der Frauenkommission sind im Zeitpunkt der Rentenberechtigung die geleisteten Beiträge der beiden Ehegatten nicht mehr als Gesamtsumme massgebend, sondern die Gesamtsumme wird geteilt und hälftig dem anderen Ehegatten gutgeschrieben. Dieser hälftige Betrag – also das gesplittete Gesamteinkommen – wird zur Grundlage für die Einzelrente an den rentenberechtigten, verheirateten und später auch an den rentenberechtigten, verwitweten Ehegatten.

Dieses Modell wird stets als sogenannt zivilstandsunabhängiges System dargestellt. Dieser Begriff ist unzutreffend. Auch bei diesem Modell wird die Einzelrente des Ehegatten beeinflusst durch die Beiträge des Partners, ist doch auch hier das Gesamteinkommen eines Ehepaars die Ausgangslage. Dies muss so sein, sonst würden



alle Ehefrauen, die wegen der Familie nicht, nur teilweise oder mit Unterbrüchen berufstätig sein konnten, gegenüber heute massiv benachteiligt.

## Umschichtungen im Rentenbezug

Aber auch so hat das vorgestellte Modell gegenüber heute gewisse Nachteile. Zum ersten stellen sich Ehepaare mit einem massgebenden Gesamteinkommen von 36 000 bis 63 000 Franken schlechter als heute. Die Frauenkommission schlägt vor, dies mit einem Bonus zulasten der AHV für Ehegatten mit Betreuungspflichten zu korrigieren. Diese Korrektur würde diesen Mangel weitgehend beheben.

Des weiteren würden Ehepaare mit hohem Einkommen mit zwei Einzelrenten besser fahren als mit der heutigen limitierten Ehepaarsrente. Dies kann in einem System der Sozialversicherung, das sich in Zukunft wegen der veränderten Altersstruktur grossen finanziellen Problemen gegenübersehen, kaum erwünscht sein. Das vorgeschlagene Modell will diese Nebenwirkung mit einer Begrenzung der beiden Einzelrenten auf einen Betrag von 160 Prozent der heutigen Ehepaarsrente von 150 Prozent mildern. Es macht damit eine Anleihe beim geltenden Ehepaarsystem.

Der wichtigste Nachteil des Splittingmodells besteht aber darin, dass die Altersrente des überlebenden Ehegatten gegenüber heute tiefer wird, weil die Rente nicht mehr wie heute von der Ehepaarsrente abgeleitet, sondern neu auf Grund des gesplitteten Ehepaarseinkommens ausbezahlt wird. Dies lässt sich nach den heutigen Erhebungen weder mit einem Betreuungsbonus noch mit einer Änderung der Rentenformel korrigieren. Das ist insofern schwerwiegend, als es viele verwitwete Altersrentner gibt. 1986 zählte man in der Schweiz über 300 000 verwitwete Altersrentner. Davon waren fast 257 000 Frauen. Es muss daher gut überlegt und mit Blick auf die sozialen

## Lugano

Parteitag und ordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz finden dieses Jahr am 22./23. April in Lugano statt. Auf der Traktandenliste stehen:

- Gesamterneuerungswahlen der leitenden Parteigremien: Delegiertenrat und Geschäftsleitung (mit Parteipräsidenten und Vizepräsidenten);
- weitere statutarische Geschäfte;
- Abstimmungsparole zur Verfassungsgrundlage über eine koordinierte Verkehrspolitik (Urnengang vom 12. Juni);
- Diskussion des von einer parteiinternen Arbeitsgruppe erstellten Berichtes über die «Zukunft der AHV».

Den Delegierten und Ersatzdelegierten der FDP der Schweiz wird rechtzeitig die Einladung mit einer detaillierten Traktandenliste zugehen. Weitere Parteimitglieder sind mit beratender Stimme ebenfalls willkommen. Programme können auf dem Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38, angefordert werden.

Auswirkungen genau geprüft werden, ob dieser Schritt vertreten werden kann.

## Verschiedene Wege möglich

Das vorgestellte Splittingmodell enthält sehr interessante Ansätze. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass die zentralen Frauenpostulate sich mit entsprechenden Korrekturen auch im geltenden Ehepaarsystem verwirklichen lassen. Man kann der Frau ohne weiteres einen eigenen Rentenanspruch an der Hälfte der Ehepaarsrente einräumen, und man kann auch eine Witwenrente einführen, deren Ausgestaltung sich an die vorgeschlagenen Vorstellungen anlehnt. Ebenso ist es möglich, die Beitragspflicht der nicht erwerbstätigen Ehefrau ohne Betreuungspflichten, den allfälligen Wegfall der Zusatzrente für den rentenberechtigten Ehemann mit einer jüngeren Ehefrau sowie die erwünschte Besserstellung der geschiedenen Frau im Rahmen des geltenden Systems zu regeln.

Das vorgeschlagene Splittingmodell kommt ohne Anleihen beim geltenden Ehepaarsystem nicht aus; das heutige Ehepaarsystem müsste in bestimmten Punkten in Richtung Splittingmodell korrigiert werden. Die Verheiratung hat in beiden Systemen Auswirkungen. – Entscheidend wird daher sein, dass das Sozialwerk AHV auch in Zukunft auf einer gesunden Basis den Verfassungsauftrag der Existenzsicherung für die wirtschaftlich Schwächeren in diesem Land erfüllt.



Ich bestelle... Ex. «Politische Rundschau»: Sondernummer «Zukunft der AHV» (Fr. 5.– je Ex.)

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Fortsetzung von Seite 1

fürchtung wurde im privaten Gespräch interessanterweise auch von Prof. Sacharow geäußert, der für eine umsichtig differenzierende Haltung der heutigen politischen Führung gegenüber plädierte, während die neue Menschenrechtsgruppe «Presse Club Glasnost» mir eher dahin zu tendieren scheint, die Gunst der Stunde zu nutzen.

Die Gespräche der IHF bestätigen den Eindruck, dass in der Sowjetunion manches in Bewegung geraten ist, dass aber sehr unterschiedlich ausgerichtete Kräfte diesen äusserst komplexen Prozess beeinflussen. Bei etlichen unserer Gesprächspartner war die Überzeugung von der – primär wirtschaftlich motivierten – Notwendigkeit tiefgreifender Änderungen spürbar, und der Wille, sie in die Tat umzusetzen, kam unverblümt zum Ausdruck. Ins-

## Parteitag

der FDP der Schweiz  
am 22./23. April in Lugano

besondere im Bereich der Gesetzgebung gibt es auch erste fassbare Ansatzpunkte. Ebenso deutlich profilierten sich umgekehrt die beharrlichen, ja reaktionären Kräfte, und gelegentlich kamen sogar in derselben sowjetischen Gesprächsdelegation unterschiedliche Auffassungen zum Ausdruck.

## Für zurückhaltende Beurteilung

Ein solcher Meinungspluralismus ist in einem totalitären System an sich schon ein bemerkenswertes Bild, und es scheint mir durchaus legitim zu sein, solche und andere Anzeichen einer neuen Entwicklung positiv zu werten. Aber das Gesamtbild legt vorläufig doch eine sehr zurückhaltende Beurteilung nahe. Zurzeit geht es im wesentlichen erst um Absichtserklärungen und um ein zweifellos etwas freier gewordenes politisches Klima. Ein wirklicher Reformprozess, der in die Tiefe greift, deutet sich damit zwar an, ist jedoch in diesem riesigen, über Jahrzehnte hinweg von ganz anderen Strukturen geprägten Land

## Positives und Vorbehalte

### Freisinnige Stellungnahme zum Legislaturplan

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sieht nach einer ersten Wertung im Bericht über die Legislaturplanung 1987-91 sowohl positive, zu begrüßende Absichten wie aber auch solche, gegenüber denen sie Vorbehalte anzubringen hat. Die den Bericht einleitenden Rahmenbedingungen scheinen der Partei von einem Umwelt pessimismus und einer starken Wachstums- sowie Technologiefeindlichkeit geprägt. Dabei bietet nach Ansicht der FDP ein umweltsensibilisiertes Wachstum mit einer sinnvollen Nutzung der neuen Technologien die Chance, nicht nur zur qualitativen Verbesserung der Arbeitsplätze, zur Sicherung der Beschäftigung und zum sozialen Fortschritt, sondern auch zur Lösung ökologischer Probleme beizutragen.

Erhebliche Vorbehalte bringt die FDP gegenüber den Vorstellungen für eine neue Finanzordnung an. Mit seiner Absicht, eine zehnpromtente Energieabgabe zu erheben, begibt sich der Bundesrat aufs blanke politische Glatteis. Die Partei geht davon aus, dass die anstehenden Von-Wattenwyl-Gespräche Gelegenheit geben werden, einen Konsens für eine neue Finanzordnung zwischen der Landesregierung und den Bundesratsparteien zu finden, der auch die Chance hat, die Zustimmung von Volk und Ständen zu finden. Die FDP begrüßt die Absicht, endlich die Taxe occulte auszumerzen. Damit wird ein altes, mehrfach vorgetragenes Postulat der Partei der Realisierung nähergeführt. Die FDP ist sich bewusst, dass ein solches Vorhaben nicht ohne entsprechende Kompensationen für die Bundeskasse realisiert werden kann.

ein ungeheuer schwieriger und selbst im besten Fall ausserordentlich zeitaufwendiger Prozess. Erwartungen auf grundlegende Änderungen schon in naher Zukunft – auch im aussenpolitischen und militärischen Bereich – oder gar eine eigentliche Begeisterung über eine gänzlich neue Lage sind völlig wirklichkeitsfremd.

Auch im Hinblick auf frühere Reformanläufe, die jeweiligen wie-

Die FDP verschliesst sich grundsätzlich nicht Überlegungen, den sich infolge der demographischen Entwicklung abzeichnenden Finanzbedarf der AHV teilweise über eine strukturelle Reform der indirekten Besteuerung zu sichern. Doch ist die Partei nicht bereit, dafür Mittel zu sprechen, ehe die bundesrätlichen Vorstellungen zur 10. AHV-Revision unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung einlässlicher konkretisiert werden, als dies im Legislaturplan der Fall ist.

Darüber hinaus will die FDP nicht nur wie der Bundesrat eine «möglichst stabile» Staatsquote; sie fordert konkret deren längerfristige Reduktion. Auch wenn sich die Partei der sich längerfristig wieder verschlechternden Perspektiven des Bundeshaushaltes bewusst ist, kann sie den finanzpolitischen Pessimismus, wie er im Legislaturfinanzplan zum Ausdruck kommt, nicht teilen. Sie erwartet zudem, dass der Bundesrat die «gesellschaftspolitischen Zielsetzungen», die er mit der neuen Finanzordnung verfolgt, näher erläutert.

Mit den Schwerpunkten der Legislatur – wie diese der Bundesrat präsentiert – kann sich die Partei weitgehend einverstanden erklären, auch wenn sich im einen oder anderen Fall eine andere Akzent- sowie generell eine stärkere Prioritätensetzung aufdrängen würde. Sie fragt sich jedoch, wie sich dieses Programm mit der Schluckfähigkeit von Parlament und Sovereän verträgt. Da der Bundesrat selbst in seinem Legislaturplan für einen Abbau der Regelungsdichte plädiert, sollte ein solches begrüßenswertes Vorhaben nach Ansicht der FDP nicht nur eine rhetorische Absichtserklärung bleiben...

der versandeten, ist Skepsis angebracht. Nur muss es eine konstruktive Skepsis sein, konstruktiv in dem Sinne zunächst, dass wir offen bleiben und neue Entwicklungen zur Kenntnis nehmen, konstruktiv im weitern insofern, als wir bereit sein sollten, fassbare Resultate des Öffnungsprozesses, Tatsachen also, zu honorieren und im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen.

## Leserbriefe

### Unser Gesundheitswesen (wieder einmal) – ein Fass ohne Boden?

Eine Reaktion zum Artikel im «Freisinn» vom Januar 1988 von FDP-Nationalrat Paul Wyss, Basel: Es ist interessant zu wissen, dass sich in letzter Zeit wiederum verschiedene Politiker mit der Kostensituation im Gesundheitswesen befassen. So hat auch Nationalrat Paul Wyss sich vorwiegend mit Pauschalformulierungen, die nicht neu sind, geäußert. Dieser Artikel bedarf einiger Richtigstellungen, Ergänzungen und Erläuterungen zur ganzen Problematik:

1. Nebst der starken Kostensteigerung ist in diesem Gesundheitswesen auch eine enorme Leistungssteigerung eingetreten, die in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben darf.

2. Das Krankenkassenmitglied sollte die Kosten seiner Krankheitsbehandlung erfahren und nicht, was seine Gesundheit kostet. Es gäbe hierzu eine Möglichkeit, indem man dem Patienten nach dem Spitalaufenthalt eine detaillierte Spitalrechnung über die erbrachten Leistungen aushändigt. Auf dieser Rechnung sollte aufgeführt sein, was seine Behandlung effektiv gekostet hat und was die Krankenkasse mit ihren nicht kostendeckenden Vollpauschalen daran leistet. Hier würden vielen Patienten die Augen geöffnet. Es ist nämlich so, dass die Krankenkassen die Kosten durch die Vollpauschalen nicht voll decken. Dies hat zur Folge, dass die Differenzen anderweitig gedeckt werden müssen (staatliche Subventionen usw.).

3. Herr Wyss verkennt die Situation in den Spitälern, denn von den Spitalverwaltern kann kaum verlangt werden, eine «ausgeglichenere Rechnung» zu präsentieren. Dies ist nicht möglich, solange man das System der Vollpauschalen, die weit unter den effektiven Kosten liegen, kennt. Das System mit Vollpauschalen ist eine politische Angelegenheit. Je tiefer nämlich die Vollpauschalen liegen, desto höher sind die Defizite, die von der öffentlichen Hand zu tragen sind.

4. Auch die Bemerkung, das Ziel des Spitalverwalters sei, «seine Betten zu füllen», bedarf einer Korrektur. Die Bettenbelegung wird nicht durch den Spitalverwalter gesteuert. Taktgeber für die medizinischen Leistungen wie auch für die Aufenthaltsdauer und Bettenbelegung ist nicht dieser, sondern der ärztliche Bereich. Es sollte vermieden werden, um der Statistik willen Spitalaufenthalte zu verlängern. Ob eine Behandlung ambulant oder stationär erfolgt, ist auch nicht Angelegenheit des Spitalverwalters, sondern der medizinischen Indikation. Das aufgeführte Beispiel ist nicht richtig. Eine «ambulante Allgemein-Abteilung» gibt es nicht. Ambulant ist ambulant, stationär ist stationär. Das Gegenteil ist nämlich der Fall; es bestünde durchaus die Möglichkeit, bei der ambulanten Behandlung spitalseits bessere Rechnungsergebnisse zu erzielen, als dies im stationären Bereich auf der Allgemeinen Abteilung der Fall ist. Aber auch aus anderen Gründen können heute Behandlungen ambulant statt stationär vorgenommen werden.

5. Bezüglich der Zusatzversicherungen der Krankenkasse sei erwähnt, dass gemäss Aussagen von Krankenkassenvertretern gerade diese Zusatzversicherungen

gewinnbringend sind. Gewinnbringend deshalb, weil offenbar die von den Spitälern gestellten Privatpatientenrechnungen massvoll sind. Wäre dem nicht so, hätten die Krankenkassen mit diesem Geschäft längst aufhören müssen. Man könnte sich die Frage stellen, ob das Geschäft mit den Zusatzversicherungen nicht gänzlich der Privatassekuranz übertragen werden sollte. Dies hätte zweifellos zur Folge, dass die Prämien in der Grundversicherung steigen würden, was sicher nicht wünschbar wäre. Im übrigen ist es durchaus legitim, wenn gewisse Leute Zusatzversicherungen abschliessen (mit hohen Prämien), um ihre zusätzlichen Bedürfnisse abzudecken. Aus der Sicht des Spitalverwalters sind die Privatpatienten (I. Klasse und II. Klasse) diejenigen Patientenkategorien, die durch ihre Zusatzversicherungen mithelfen, die Defizite zu reduzieren. Bei den Privatpatienten sind die Erträge mindestens kostendeckend bis gewinnbringend.

6. Es wäre interessant, einmal zu erfahren, wie die tatsächlichen Verhältnisse Ausgaben/Einnahmen, Grundversicherung/Zusatzversicherung der Krankenkassen aussehen. Dies geht leider aus den Krankenkassenabschlüssen nicht hervor. Das wäre auch ein Beitrag zur vielzitierten Transparenz.

7. Eine Möglichkeit, Kosten zu sparen, besteht darin, dass die Krankenkassen mit einem Bonusssystem ihre Versicherungsangebote attraktiv machen sollten. Derjenige, der die Krankenkassen nicht beansprucht, soll mit günstigeren Prämien belohnt werden. Hingegen darf aber derjenige, der unverschuldet krank wird, mit diesem System nicht bestraft werden. Man müsste hier also nur von einem Bonusssystem sprechen und nicht von einem Bonus-Malus-System wie bei der Motorfahrzeugversicherung. Hierzu verweise ich auf die Absichten der Grütlil-Krankenkasse, die in dieser Hinsicht aktiv werden will.

8. Noch eine Variante, die Krankenkassenprämien zu senken, wäre darin zu sehen, dass die Krankenkassen ihre gesetzlichen Reserven in Milliardenhöhe für Prämienreduktionen heranziehen. Warum braucht es eine derart massive Reservebildung in der Sozialversicherung? Ich bin mir bewusst, dass diese Diskussion sehr heikel ist, warum aber sollen hier auf Gesetzesebene nicht auch einmal Korrekturen erfolgen? Die Spitäler schliesslich können durch ihre Taxgestaltung auch nicht Reserven in Milliardenhöhe bilden.

9. Im übrigen hat das Schweizervolk anlässlich der Volksabstimmung über die Kranken- und Mutterschaftsversicherung die Signale gesetzt. Es ist zu hoffen, dass diese Signale erkannt werden und dass auch weitere Volksabstimmungen in ähnlicher Richtung (Finanzierung der Krankenversicherung durch Lohnprozente usw.) eine Abfuhr erleiden.

Dies ist die Meinung eines Spitalverwalters, der sich immer wieder gegen Pauschalvorwürfe an dieses gute Gesundheitswesen und seine Institutionen wehren und einsetzen wird.

Silvio Zuccolini, Spitalverwalter  
Thuis  
Mitglied der Parteileitung  
der FDP Graubünden

## Beratung und Verkauf



Wir sind täglich im und am Liegenschaftenmarkt aktiv – profitieren Sie von unserer Erfahrung!

SPALTENSTEIN AG  
IMMOBILIEN  
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich  
Telefon 01/316 13 33

Spaltenstein

Damit Ihre  
Zeitungswerbung  
ankommt.

ofa

PSYCHOLOGISCHE  
MANAGEMENT-BERATUNG  
E. Arpagaus  
Dipl. Psych., a. Personaldirektor

Bearbeitung von Personal-,  
Ausbildungs und Führungsfragen  
Betriebs- und Marktpsychologie

Persönliche Beratung,  
Gesprächspartner  
von Führungskräften

Hirschengraben 3, 8001 Zürich  
Telefon (01) 252 93 30

Unabhängige Berater für die Suche  
von Führungskräften und Geschäfts-  
partnern

RubinConsult  
UNTERNEHMUNGSBERATUNG  
W. RUBIN  
CH-8002 ZÜRICH, FREIGUTSTR. 24  
TEL. (01) 202 75 78  
MITGLIED DER ASCO

Bitte verlangen Sie Unterlagen und  
ein unverbindliches Gespräch.

## Baumschäden!

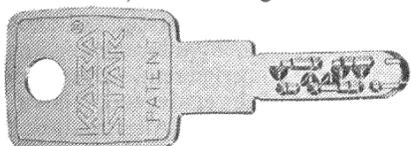
Spross

Unsere Spezialisten für  
Baumchirurgie + Baumpflege  
lösen Ihre Probleme

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-462 62 62

## EIN SCHUTZ, DER JEDEM ZUSTEHT.

Jeder Mensch lebt gerne in Sicherheit. Berechtigterweise. KABA kommt diesem Bedürfnis gleich doppelt entgegen. Erstens mit der neuartigen Zylinderpanzerung, die das Aufbohren, Abwürgen und Ausreissen des Schliesszylinders praktisch unmöglich macht. Und zweitens mit dem Schlüssel, der zur Panzerung passt: dem bewährten KABA STAR im neuen, funktionsgerechten Design. Sichern Sie sich Ihre Ruhe. Mit einem Schliess-System von KABA.



KABA®

Der Schlüssel zu Ihrer Sicherheit.

Für detaillierte Informationen wenden Sie sich an Ihren Schloss-Spezialisten oder an die Bauer Kaba AG, Postfach, CH-8620 Wetzikon, Tel. 01/931 61 11, Telex 875 481, Telefax 01/931 63 85.

Zur Misstrauenskampagne gegen die Asylpolitik

**Es geht um Grundprinzipien des Staates**

An der letzten Delegiertenversammlung der FDP des Kantons Zürich Parteipräsident Oscar Fritschi (Wetzikon) im Namen des Vorstandes eine Stellungnahme zur systematischen Misstrauenskampagne – nicht zuletzt der Medien – gegen die Asylpolitik abgegeben. Wir geben diese Stellungnahme in gekürzter Form wieder – eine Stellungnahme, die bezeichnenderweise in einem Teil der Zürcher Presse («Tages-Anzeiger» als Beispiel) mit keinem Wort Erwähnung fand.

Wohl als Folge ihrer vielzitierten zunehmenden Personalisierung steigt der Bedarf an «Weissen Rittern» und an Buhmännern in der Politik. Den Spitzenplatz als Buhmann in einer Zwischenrangliste per 1988 nimmt dabei wohl unbestritten Peter Arbenz, der Delegierte für das Flüchtlingswesen, ein.

Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Der Präsident des schweizerischen Landesrings liess sich nach der Ausschaffung der Familie Musey mit dem verbalen Rundschlag zitieren, Arbenz habe «eine harte bis fast brutale Flüchtlingspolitik an den Tag gelegt», «pauschal und ohne Rücksichten... dem Buchstaben des Gesetzes nachgelebt und rechtsextremen Forderungen nachgegeben». Aber auch politische Beobachter, die im Ruf stehen, über ein abgewogenes und besonnenes politisches Urteil zu verfügen, liessen keinen guten Faden am Flüchtlingsdelegierten, der die Ausweisung einer Familie nach 17jährigem Aufenthalt in unserem Land durchsetzte.

Kaum einer dieser Kommentatoren nahm sich indessen die Mühe, die Vorgeschichte dieser Ausweisung nochmals zu recherchieren. Nüchtern nebeneinander gereiht, ergeben die Fakten ein wesentlich differenzierteres Bild.

**Die Chronologie des Falles**

Die Chronologie des Falles präsentiert sich nämlich folgendermassen: Musey war 1970, bereits dreissigjährig und nach siebenjährigem Studium in Rom, zu einem Ausbildungsaufenthalt in die Schweiz gekommen, um nach dem Lizentiat noch zu doktorieren. Anzumerken ist, dass Ausbildungsaufenthalte von Ausländern stets als befristet gelten und nicht

zu einer dauernden Aufenthaltsbewilligung führen können. Da Musey nicht innert der vorgesehenen Zeit von vier Jahren in Freiburg zum Abschluss gelangte, wurde die Frist zur Ausreise zweimal erstreckt.

Nach Erreichung des Dokortitels und vor dem neuen Ausreisetermin wechselte der Zairer 1975 an die Universität Bern, an welcher er eine Habilitationsschrift verfassen wollte, was voraussichtlich zwei Jahre dauerte. Das Bundesamt für Ausländerfragen stimmte zu und verlängerte im folgenden die Aufenthaltsbewilligung nicht weniger als viermal, bis es erstmals eine Ausreisefrist ansetzte.

Gegen diese Verfügung erhob Musey Beschwerde, wobei sich ergab, dass er in Bern nicht mehr, neu aber in Lausanne immatrikuliert war und vor allem, dass ein Habilitationsverfahren gar nie in die Wege geleitet worden war.

Als auf Grund dieses Befundes die Beschwerde abgewiesen wurde, stellte der mittlerweile 45jährige Student ein Wiedererwägungsgesuch, und erst, nachdem auch dieses verworfen worden war, machte er 1985 geltend, dass er Anspruch auf Asylgewährung besitze. So vom Status des fremdenpolizeilichen in jenen des asylrechtlichen Aufenthaltswechselnd, schöpfte er auch im neuen Überprüfungsverfahren mit Beschwerde und Revisionsgesuch die Rechtsmittel bis zur Neige aus, bevor er nach dem zweiten ablehnenden Entscheid im letzten Jahr in den Untergrund tauchte.

Nach den Ausführungen der Beschwerdeinstanz hat Musey zudem im Laufe des Verfahrens gefälschte Beweismittel eingereicht und tatsachenwidrige Angaben gemacht.

Von den Fakten zur Wertung: Wer unter Hinweis auf die 17 Jahre in der Schweiz dem Zairer wenn nicht den Status eines Flüchtlings, so doch jenen eines Härtefalls hätte zubilligen wollen, erkennt, dass Musey mit Mitteln an der Grenze des Rechtsmissbrauchs (oder darüber hinaus!) eine Aufenthaltsdauer bewirkt hat, die ihm wohl eine reelle Chance eröffnet, als «ewiger Student» im Guinness-Buch der Rekorde Aufnahme zu finden.

Wäre ihm nun der unbefristete weitere Aufenthalt gestattet worden, würde das gegenüber all jenen Asylbewerbern ein Unrecht bedeuten, die im Umgang mit den Behörden weniger List und Tücke entwickeln, ablehnende Entscheide hinnehmen und so von vorneherein nicht die Möglichkeit haben, zum Härtefall aus Gründen der langen Aufenthaltsdauer zu werden.

George Orwell hat in seiner satirisch-visionären Schilderung des totalitären Staates in der «Farm der Tiere» glossiert, wie der hehre Grundsatz «Alle Tiere sind gleich» in der politischen Praxis zur Ableitung verkommt, dass bestimmte Tiere eben noch etwas «gleicher» sind als die anderen. Genau das wollten auch die rührigen Lobbyisten um Mathieu Musey: ihn vor dem Gesetz etwas gleicher sein lassen als die anderen.

Im Kern steht in diesem Einzelfall nicht die Frage einer engherzigen oder humanitären Interpretation des Asylgesetzes zur Debatte, sondern es geht um das Prinzip der Rechtsgleichheit. Dafür, dass er dieses Prinzip auch im unpopulären Fall Musey hochgehalten hat, steht Peter Arbenz derzeit politisch-publizistisch im Regen.

**Klare Haltung**

Man macht sich auch keiner Polemik schuldig, wenn man feststellt, dass die in der Volksabstimmung unterlegenen Gegner der letzten Asylgesetzrevision mit Bedacht Fälle wie jenen von Mathieu Musey zum publizistischen Wirbel emporstilisieren, von denen sie annehmen können, dass sie – zumindest dem ersten Anschein nach – geeignet sind, Mitleid und Emotionen zu wecken. Gegen die vom Souverän gutgeheissene Asylpolitik ist eine eigentliche Misstrauenskampagne im Gang: Und dass in diesem Bereich öffentliche und veröffentlichte Meinung weit auseinanderklaffen, hat der vorhin angesprochene Urnengang ja eindrücklich bewiesen.

In dieser Situation möchten wir in aller Deutlichkeit festhalten, dass die Zürcher FDP ohne

**Gegen Asylpolitik-Agitation**

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) wendet sich entschieden gegen die in jüngster Zeit von unzähligen Aktionskomitees inszenierte Kampagne gegen die schweizerische Asylpolitik. Sie erinnert daran, dass am 5. April des vergangenen Jahres der Souverän mit klarer Mehrheit an der Urne die geltende Asylpolitik sanktioniert hat. Die von den zuständigen Behörden getroffenen Entscheide basieren auf diesen vom Volk gutgeheissenen Rechtsgrundlagen. Die FDP hat keinen Anlass, an der sorgfältigen Behandlung, der gründlichen Abklärung der einzelnen Fälle und an der einwandfreien Durchführung der Asylverfahren zu zweifeln.

Die FDP achtet die Besorgnis von Mitbürgerinnen und Mitbürgern über das persönliche Schicksal der einzelnen Asylbewerber im Zeitpunkt der Einreichung des Asylgesuches, während der Dauer des Verfahrens, aber auch bei der allfälligen Ablehnung des Antrages. Die Partei wendet sich jedoch unmissverständlich gegen eine Politik, die zu einer Aushöhlung des Asylrechts führt. Sie steht dafür ein, dass Asyl Asyl bleibt, also Zuflucht für politisch, religiös oder ethnisch Verfolgte. Eine solche Politik, die im Interesse der echten Flüchtlinge liegt, bedingt eine konsequente Wegweisung und Rückführung von Asylbewerbern, die nach korrekter Prüfung ihre Gesuches die Anforderungen an den Flüchtlingsstatus nicht erfüllen.

Die FDP erwartet von den kantonalen Instanzen, dass die rechtskräftig gefällten Beschlüsse respektiert und vollzogen werden, damit die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Asylpolitik und damit die Möglichkeit, wirklich Bedrohten Asyl zu gewähren, nicht angetastet wird. Ebenso ist der Rechtsgleichheit in der Asylpolitik Nachachtung zu verschaffen: Jeder abgewiesene Asylbewerber soll gleich behandelt werden, ob er nun – wie dies in den Fällen Maza und Musey geschehen ist – die Unterstützung gut organisierter Sympathisanten geniesst oder nicht.

Wenn und Aber hinter der vom Souverän gebilligten und von Bundesrätin Kopp konsequent angewandten Asylpolitik steht, dass die Zürcher FDP dem Flüchtlingsdelegierten Respekt und Anerkennung zollt für seine

gradlinige Haltung auch in unpopulären Fällen und dass die Zürcher FDP schliesslich alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um Elisabeth Kopp und Peter Arbenz auch weiterhin den Rücken zu stärken.

**Dauerbrenner von La Paz.**

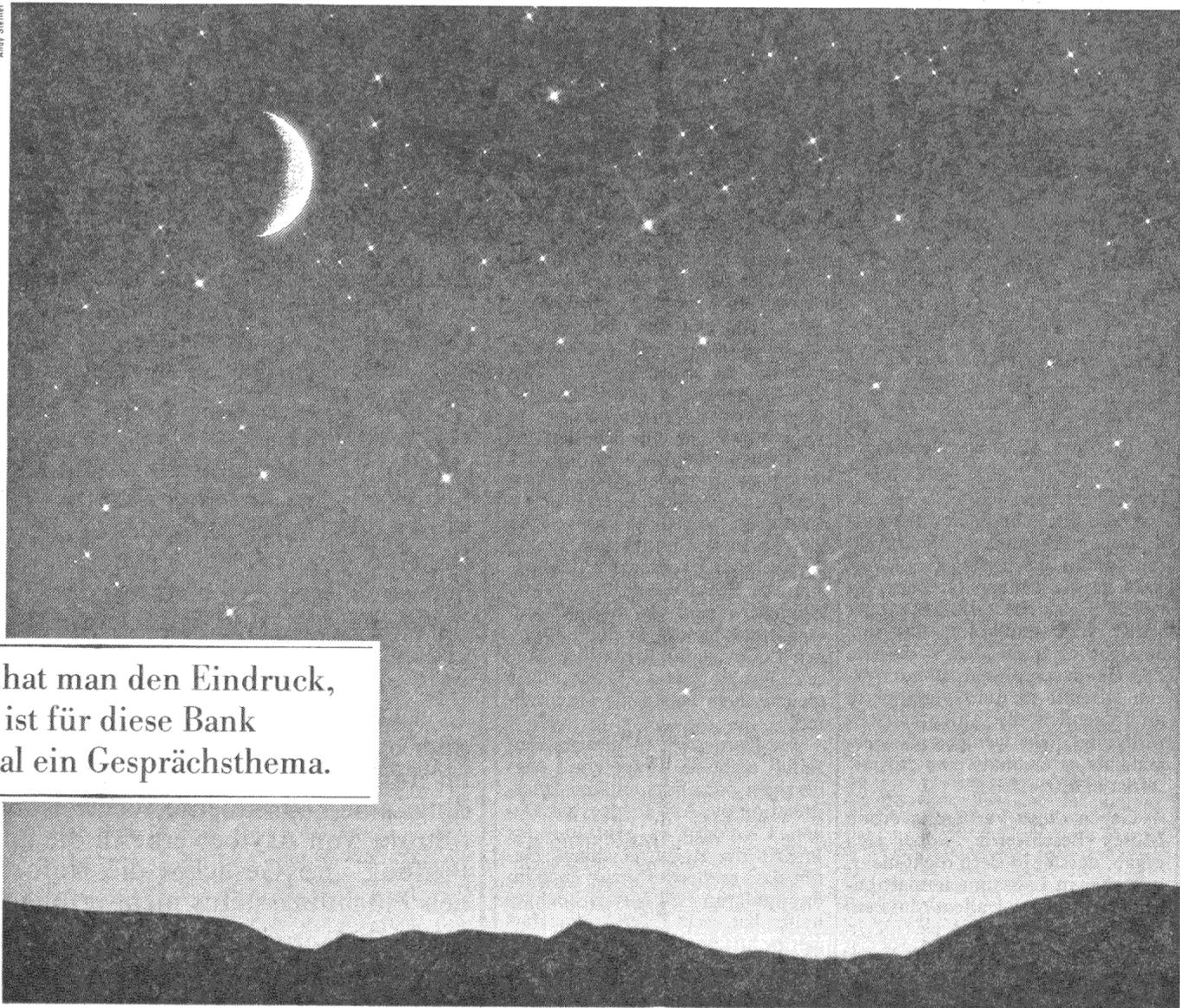
Die Cigarre, die schon beim Anzünden ihr volles Aroma entfaltet. Das ist die authentische Wilde Havana von La Paz. Ständig kopiert, doch nie erreicht.

Das Bündel am Brandende, das ehrlich sein Inneres nach aussen kehrt, zeigt die wilde Kraft der ausbalancierten Mélange aus mehr als 20 Tabaksorten der berühmtesten Provenienzen der Welt. Umwickelt mit einem Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe garantiert. Und einem Deckblatt von unverfälschter Natürlichkeit.

Wilde Havana von La Paz. Aus Tabak. Mehr nicht.



Andy Steiner



Manchmal hat man den Eindruck, Diskretion ist für diese Bank nicht einmal ein Gesprächsthema.

Es gibt Dinge, über die wir nicht sprechen müssen. Sie werden von unseren privaten und institutionellen Kunden als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Vielmehr sind alle Leistungen Gesprächsthema, die man selbstverständlich nicht von jeder Bank erwarten kann. Darüber reden wir gerne mit Ihnen.

**BANK VONTOBEL**  
Zürich

**persönlich – professionell**  
Bank J. Vontobel & Co. AG,  
Bahnhofstrasse 3, CH-8022 Zürich,  
Schweiz, Tel. 01 488 7111.  
Vontobel USA Inc.,  
450 Park Avenue, New York, N.Y.  
10022, USA, Tel. (212) 415-7000.

Stellungnahme der JBS

**Für einen Zivildienst**

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) hat die Kapitel Gesamtverteidigung und Aussenpolitik in ihr Aktionsprogramm aufgenommen. Dabei hat sich die JBS für die Einführung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen, für einen Ausbau des Zivilschutzes, für die Institutionalisierung des europäischen Schüleraustausches und für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Bereich Umweltschutz ausgesprochen.

Die JBS fordert die Einführung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer, die glaubwürdig darlegen können, dass sie Gewaltanwendung aus religiösen oder ethischen Gründen ablehnen. Der Zivildienst hat dabei die zweifache Dauer der verweigerten Dienste aufzuweisen und körperlich oder seelisch dieselben Anforderungen an den Dienstleistenden zu stellen wie der Militärdienst. Der Zivildienst ist im Rahmen der Bundeszwecke im Inland zu leisten; wer auch den Zivildienst verweigert, soll mit Gefängnis bestraft werden.

Weiter fordert die JBS den Ausbau des Zivilschutzes durch eine bessere Ausbildung, bessere Ausrüstung und straffere Führung. Dabei sollen Personen, die keinen Militärdienst leisten, eine Zivilschutzausbildung erhalten, die dem Umfang der militärischen Ausbildung entspricht.

Die JBS verlangt eine Institutionalisierung und Intensivierung des internationalen Schüleraustausches. Zur Verbesserung der Sprachkenntnisse, zum Kultur-

verständnis und zur Persönlichkeitsbildung ist ein geeignetes Instrumentarium für den Schüleraustausch im Rahmen der westeuropäischen Staaten zu schaffen. Weiter fordert die JBS eine stär-

kere internationale Zusammenarbeit zum Schutz der Umwelt, dabei ist darauf zu achten, dass einzelne Staaten auch strengere Umweltschutzvorschriften erlassen können als multilateral vereinbart. Als längerfristiges Ziel strebt die JBS nach wie vor den Beitritt der Schweiz zur Uno an, diese ist trotz vielen Mängeln und einer nur dürftigen Wirksamkeit die einzige weltumspannende Institution, die als Motor für globale Problemlösungen eingesetzt werden kann.

Der ausserordentliche Kongress der JBS wählte ausserdem den Bündner Andreas Gadmer neu in den Zentralvorstand. – Die Jungliberale Bewegung der Schweiz ist die Dachorganisation der Jungliberalen und Jungfreisinnigen in der Schweiz, sie ist mit ca. 6000 Mitgliedern die grösste Jungpartei der Schweiz.

Bevölkerung seien im Vergleich zum demokratischen Menschenbild der vorangehenden Epochen lebhafter, schneller, aufsässiger.

Diese Voraussetzungen führten zu veränderten Ausformungen der Willensbildungsprozesse. Auffällig ist nach Eichenberger erstens die lange Dauer dieser Prozesse: eine schwer bestimmbare Pluralität von Partizipanten belegten die lange Strasse der Willensbildung mit ihren Ansprüchen, mit hindernden und modifizierenden Einstreuungen. Was herauskomme, seien anonymisierte Produkte. Zweitens die Rolle der Öffentlichkeit: die frühe, breite und dauernde Öffentlichkeit der Willensbildung sei zur Regel geworden. Öffentlichkeit sei zwar reinigendes Heilbad für politische Prozesse, zugleich aber auch plebiszitäres Tummelfeld, wo Prestige, Interesse und behauptete Geltung hochgepeitscht werden können. Der ununterbrochene Wind der Öffentlichkeit, der den Behörden die Autoritätshüte immer wieder wegfege, erzeuge in den Ratsstuben und -sälen ein Klima der Ängstlichkeiten und Berücksichtigung aller Dinge, die im Sozialgefüge sich bemerkbar machen. Den Medien werde kein parlamentarischer Trotz entgegengesetzt, zumal dieser mit geringem propagandistischem Aufwand als demokratiefeindliche Haltung angeprangert werden könne. Drittens Koordination: die Willensbildung ist gemäss Eichenberger in ein Netz verlässlicher Koordination zu bringen. Sie werde so zum koordinierenden Tun. Dazu seien zumindest drei Elemente erforderlich: hinreichende Sachkunde, Zusammenführungskraft und Verständigung. Diese zeitgemässen Züge der schweizerischen Willensbildungsprozesse sind nach Eichenberger «alles in allem» hinzunehmen mit



**Politische Willensbildung in der Schweiz**

Professor Eichenberger nennt in einer eben veröffentlichten Broschüre als Grundtatbestände für die Willensbildung heute im Unterschied zu früher an erster Stelle die Komplexität der Probleme. Wir hätten es zunehmend mit heikleren, kohärenteren und folgenreicheren Festlegungen zu tun. Blindes Vertrauen auf den politischen Instinkt und sogenanntes gesundes Volksempfinden reichen nicht mehr aus; sie

würden zum fahrlässigen Spiel. Als zweiten Grundtatbestand nannte Eichenberger den Abschied von den elitären Stämmen, an denen sich die repräsentative Demokratie des 19. Jahrhunderts noch emporrankte. Die halbdirekte Demokratie von heute mache mit der durchgreifenden Gleichheit Ernst. Als letzten Punkt führt er die «Befindlichkeit des Menschen» an. Der Mensch, die soziale Gruppe, die

**Terminkalender der FDP der Schweiz**

- Februar**  
Session: 29.–18. 3.
  - März**  
11. Delegiertenrat
  - April**  
22. Delegiertenrat (Lugano)  
22./23. ord. Delegiertenversammlung/Parteitag (Lugano)
  - Juni**  
Session: 6.–24.  
12. Eidg. Volksabstimmung
  - August**  
26. Delegiertenrat  
27. a. o. Delegiertenversammlung (Bern)
  - September**  
Session: 19.–7. 10.  
25. Eidg. Volksabstimmung
  - Oktober**  
28. Delegiertenrat  
29. a. o. Delegiertenversammlung (Bern)
  - November**  
Session: 28.–16. 12.
  - Dezember**  
4. Eidg. Volksabstimmung  
7. Vereinigte Bundesversammlung
- ihren Eigenheiten und Verformungen gegenüber idealistischen Leitvorstellungen. Sie sind lebendiger Ausdruck dieser Zeit und des Menschen dieser Zeit.*
- Professor Dr. Kurt Eichenberger: «Politische Willensbildung heute und morgen». Zu beziehen bei: Redressement National, Postfach, 8035 Zürich.

Behinderte als Wintersportler

## Die «andere» Olympiade

Während zurzeit die Olympischen Spiele in Calgary die Sportwelt in Atem halten, haben die Behindertensportler ihre Spiele bereits hinter sich. Sie trafen sich vom 17. bis zum 24. Januar in Innsbruck zu den 4. Weltwinterspielen für Behinderte, den Paralympics. Ein Bericht von Franz Neff:

«Die Mannschaft der Schweiz!» – Die feierlichen Klänge scheinen die ins Innsbrucker Olympiastadion einmarschierenden Schweizer Wettkämpfer kaum zu beeindrucken. Etwas übermütig tanzen sie immer wieder aus der geordneten Viererkolonnen, bleiben stehen und grüssen Bekannte. Endlich sind alle 22 Mannschaften da, fast vierhundert Wettkämpfer.

Prominenz aus Politik und Sport wartet in dicken Mänteln auf den Beginn der Zeremonie. Das olympische Feuer wird heringetragen, die offizielle Olympiaplafage aufgezogen, dann folgen die Begrüssung, der Olympische Eid und kaum enden wollende Ansprachen. In Gedanken sind die meisten der 34 Schweizer Sportler bereits bei den Wettkämpfen, denn für die 20 Alpinen stehen anderntags der Riesenslalom, für die Langläufer die Kurzstreckenrennen auf dem Programm.

### Hauptthema: Schneemangel

«Hat es wohl genügend Schnee?» Die Innsbrucker Organisatoren lassen sich nicht aus der Ruhe bringen. Die nordischen Wettbewerbe haben sie nach Seefeld verlegt und dort eine perfekte Loipe hergerichtet. Den Start zum Riesenslalom verschob man in die Höhe. Mit Schneekanonen und unzählbaren Arbeitsstunden haben österreichische Wehrmänner eine erstklassige Riesenslalom piste vorbereitet.

Einzig den Paraplegikern mit ihren Monoski-Schlitten schafft die Verschiebung etwelche Probleme. Das neuartige Sportgerät erlaubt ihnen den Umstieg vom Rollstuhl auf die Skipiste. Es kann zwar problemlos an einem Bügelskilift befestigt werden, nicht jedoch am bereits etwas in die Jahre gekommenen Sessellift, der den unerwarteten Andrang ohnehin kaum bewältigen kann. Ein Pistenfahrzeug schafft Abhilfe.

### Kritische Fragen

Was veranlasst behinderte Menschen, sich in sportlichen Wettkämpfen zu messen? Sollten sie

nicht schon zufrieden sein, sich ohne fremde Hilfe im Leben zu rechtfinden zu können? Nun, ein körperbehinderter Mensch fühlt kaum anders als ein nichtbehinderter. Er möchte die Grenzen seiner körperlichen Leistungsfähigkeit im Sport erfahren dürfen, und er ist nicht weniger ehrgeizig als viele andere auch.

Wenn aber vom Über-sich-Hinauswachsen und von Selbstüberwindung die Rede ist, denken die behinderten Skifahrer wohl in erster Linie an den steilen Starthang. Sie versuchen sich die Ideallinie einzuprägen und vergessen für eine gewisse Zeit ihre körperlichen Gebrechen. Habe ich einen guten Ski? Hält die Piste, bis ich an der Reihe bin?

Beim Starthauschen stehen die Trainer mit ihren Funkgeräten, Physiotherapeuten beruhigen die Nervenbündel und lockern ver-



Langlaufschlitten: als Wettkampfgerät entstanden, ermöglicht nun zahlreichen Gelähmten den Einstieg in den Wintersport.

krampfte Muskeln. Der Beobachter am Pistenrand macht sich angesichts der horrenden Geschwindigkeiten Gedanken über das Unfallrisiko der Fahrer. Weshalb riskiert der junge, am Unterschenkel amputierte Ingenieur sein gesundes Bein? Er sei durchtrainiert, vermöge grosse Belastungen auszuhalten und stehe ständig unter

ärztlicher Kontrolle. Ausserdem sei er langsam in den Skirensport hineingewachsen, habe sich nicht von einem Tag auf den andern diesen Belastungen ausgesetzt. Andererseits sei ihm schon bewusst, welchen Gefahren er sich aussetze, das seien die Deltasegler und Motorradfahrer ja auch, meint er mit verschmitztem Lächeln.

### Der Preis der Arbeit

Böllerschüsse und Feuerwerkspektakeln künden im kleinen Dörfchen Mutters oberhalb von Innsbruck die Siegerehrung an. Aus allen Hotels und Pensionen strömen die Sportler auf dem Festplatz zusammen. Die Schweizer, unübersehbar in ihren roten Jacken, sind stolz, denn gleich am ersten Tag schon haben sie tüchtig zugeschlagen. Zweimal Gold und viermal Bronze. Vor allem die Langläufer, die in die Phalanx der Skandinavien eindringen, überraschten. Kuhglocken und der Jubel der Schweizer Mannschaft übertönen die Dame am Lautsprecher. Der über viele Jahre ungeschlagene Finne gratuliert dem strahlenden Eidgenossen, der ihm auf der 5-km-Strecke mit einer Zeit von 12:31,9 über 26 Sekunden abgenommen hat – mit einer Beinprothese.

### Je besser die Resultate, desto grösser das Echo

Noch vor wenigen Jahren ernten die Behindertensportler in Fachkreisen ein freundliches Lächeln, wenn sie mit ihren vielen Medaillen nach Hause kamen. Behindertenwettkämpfe seien bessere Ferienlager, die Medaillenflut eine Folge der vielen Behinderungskategorien. Diese Zeiten sind vorbei. Leider, wie viele Behindertensportler der ersten Stunde sagen, zum Glück für die jungen Wettkämpfer, die andere Behinderte mit ihren Leistungen zum Sporttreiben motivieren möchten.

Spitzen- und Breitensport sind auch bei den Behinderten untrennbare Geschwister. Erfolgreiche Wettkämpfer kommen in die Zeitungsspalten. Radio, Fernsehen und Zeitungslaute besuchen die Schweizer Delegation in Innsbruck. Das ist eine willkommene Werbung, denn in der Schweiz treiben nur etwa 10 000 Behinderte regelmässig Sport. Es könnten gut und gerne zehnmal so viele sein.

### Professionelle Vorbereitung

Alle Schweizer Teilnehmer haben eine harte und anspruchsvolle Vorbereitungszeit hinter sich. Vor allem die Ausdauersportler trainieren jeden Tag zwei bis drei Stunden. Dazu kommen Trainingswochenende, Kaderzusammenzüge und Selektionsrennen. Eine Fahrkarte an die Paralympics erhält man nicht geschenkt. Der Wunsch zu dieser unbestreitbar härteren Gangart kam von den Behinderten selbst. Einmal sahen sie ihre Konkurrenten bald nur noch von hinten, dann forderten sie auch gerechte Auswahlkriterien für die Beteiligung an internationalen Wettkämpfen. Erfahrene Trainer aus dem Skisport führten moderne Trainingsmethoden ein und steigerten die Ansprüche an die Leistungsbereitschaft. Die Folge war ein spürbarer Generationenwechsel, wobei aber auch einige der Älteren den Anschluss noch einmal schafften.

Dieser Sportbetrieb ist aufwendig, und er unterscheidet sich nur unwesentlich von jenem der Nichtbehinderten. Ausrüstung und Material sind praktisch gleich, auch bezüglich der Kosten. Sponsoren helfen jeweils wieder eine Runde weiter. Mit der sichtbaren Leistungssteigerung und der grösseren Publizität wandeln sich die behinderten Wettkämpfer von Almosenempfängern zu Partnern. Zahlreiche Kantone beantworteten die Sam-



Oberschenkelamputiert – und dennoch Skifahrer.

(Photos Parigger)

### Integration durch Behindertensport

Der Behindertensport ist ein Beispiel dafür, wie die nicht immer leichte Eingliederung in die Gesellschaft angepackt werden kann. Durch die sportliche Betätigung erfahren viele Behinderte eine merkliche Steigerung ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit. Das gibt Mut und Kraft, sich trotz einem Gebrechen in der Gesellschaft zu bewegen und zu behaupten.

Die FDP unterstützt in ihren «Zielsetzungen 1987/91» alle Bemühungen, die eine wirtschaftliche und soziale Integration behinderter Menschen fördern können. Fördern heisst zuhören, sich öffnen und verstehen lernen, zum Beispiel, dass auch für Behinderte der Sport ohne Leistung und Wettbewerb nicht denkbar ist. Spitzensport soll zu eigenem sportlichem Tun anregen und natürlich auch bewirken, dass behinderte Menschen auf Skipisten, Loipen oder anderen Sportanlagen als gleichberechtigte Partner akzeptiert werden.

melaktion positiv und unterstützen ihre Bürger mit einem Beitrag aus dem Sport-Toto-Fonds. Die Trainingslager können zum Teil mit IV-Subventionen finanziert werden, während die Wettkämpfe selber davon richtigerweise ausgeschlossen sind. Der Löwenanteil wird aus der eigenen Tasche bezahlt.

Ein Besuch zu später Stunde im Materialraum der Alpinen beweist, dass auch hinter den Kulissen Grosseinsatz herrscht. Eine Skifirma hat ihren Servicespezialisten zur Verfügung gestellt. Der hat nun die schwierige Aufgabe, der ganzen Mannschaft jeweils am Vorabend die Ski vorzubereiten, und zwar pro Wettkämpfer gleich mehrere Paare. Vor dem Rennen selbst kann er nur hoffen, dass die Verhältnisse so bleiben, wie er sie eingeschätzt hat. Und bleibt der Erfolg aus, dann sei er der Schuldige. Dieses Schicksal verlasse ihn auch im Behindertensport nicht.

### Aus Niederlagen lernen

Mitte der Woche setzt endlich der langersehnte Schneefall ein. Das langgezogene Tal bei Seefeld verwandelt sich in eine Märchenlandschaft. Die Staffelfahren stehen auf dem Programm. Sie locken viele Zuschauer an, denn der direkte Kampf von Mann zu Mann ist spannender als die Rennen gegen die Uhr. Professionell auch hier die Betreuung der Schweizer. Bereits in den frühen Morgenstunden werden Ski gewachst und getestet. Trainer und

Betreuer bilden Streckenposten für Verpflegung und Zeitmessung. Der Teamarzt und die Physiotherapeutin begleiten die Wettkämpfer beim Aufwärmtraining, während sich der nicht im Einsatz stehende Rest der Mannschaft am Pistenrand für die lautstarke moralische Unterstützung bereitmacht.

Die Schlittenfahrer gehen zuerst auf die Loipe. Dank einem packenden Spurt des Schlussläufers holt die Schweiz Silber, knapp geschlagen von den Norwegern. Die gemischte Staffel der Fahrer mit Bein- und Armbehinderungen ist weniger erfolgreich. Sie haben einen spitzen Ski und taktieren nicht gerade klug und werden nur Fünfte. Ein wenig zerknirscht, stehen sie abseits der Spur, freuen sich aber über den Trost, den sie von der Schweizer Nationalmannschaft der Nordischkombinierten erhalten, die sich auf ihr Weltcup-Rennen vorbereiten.

Mit zwanzig Medaillen und Silber in der Staffel machen sich die Schweizer wieder auf den Heimweg. Ihr Hauptthema ist die Vorbereitung auf die nächsten Meisterschaften. Sie haben bemerkt, dass die Leistungsdichte viel höher geworden ist. In der Abfahrt wurden die ersten zehn Fahrer innerhalb einer Sekunde klassiert. Die blinden Langläufer benötigen mittlerweile Begleiter, die selber wettkampfmässig in Form sind.

Am meisten Sorgen bereitet dem Skiteam die Ablösung ihrer Trainer, die sich nach einem mehrjährigen Gratiseinsatz wieder etwas mehr ihrer Familie widmen möchten. Hoffentlich lassen sich geeignete Nachfolger finden, die Erfolge in Innsbruck haben erneut bewiesen, wie entscheidend nicht nur die technische, sondern auch die menschliche Betreuung ist.



«Über hundert Jahre Erfahrung haben uns gelehrt, auch in schwierigen Börsenzeiten Chancen zu erkennen.»

Jörg Heygel  
Börsendirektor  
Basel



Spezialisiert auf aktive Vermögensverwaltung

Bank Sarasin & Cie, Freie Str. 107, 4002 Basel  
Bank Sarasin & Cie, Talstr. 66, 8022 Zürich  
Sarasin Investment Management Limited,  
Sarasin House, 5/6 St. Andrew's Hill, London EC4V5BY

Politik,  
die Resultate  
bringt.

FDP  
Freisinnig-Demokratische Partei

Das Verhältnis Schweiz - EG

## Ruhig Blut bewahren!

Schweiz - EG mit Blick auf 1992, auf die geplante Errichtung des EG-Binnenmarktes, ist «in». Für FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Bremgarten BE, scheint das Modethema der kommenden Legislatur gefunden worden zu sein.

Und dennoch: Diese Agitation ändert nichts daran, dass das Verhältnis Schweiz - EG mit Blick auf 1992 ein echtes Problem ist, ganz anders als beim Kampf um den Uno-Beitritt, wo versucht wurde, diesen in ein wirtschaftspolitisches Event «umzufunktionieren». Man hätte meinen können, die wirtschaftliche Entscheidungszentrale befände sich im Uno-Palast am East River. Dem war natürlich nicht so.

### Szenarien vorbereiten

Die EG-Problematik darf keineswegs in den gleichen Topf geworfen werden. Aber gerade wenn man diese Thematik ernst nimmt, darf man nicht dramatisieren. Ein Journalist hat kürzlich von der «Deadline 1992» gesprochen. Wenn wir also 1992 nicht in der EG sind, wären wir gleichsam wirtschaftlich tot. Das ist natürlich übertrieben. Erstens ist es noch nicht sicher, dass der EG-Binnenmarkt 1992 auch tatsächlich realisiert ist, und zweitens wäre unsere Wirtschaft bei einem Nichtbeitritt noch keineswegs tot. Notwendig ist zweifellos, dass wir als eines unter verschiedenen Szenarien den «Fall 1992» vorbereiten müssen. Wohlverstanden: als eines unter mehreren Szenarien.

### Skepsis angebracht

Zurzeit fällt folgendes Paradoxon auf: In der Schweiz neigt man heute eher zu einer Überschätzung der EG, in den EG-Staaten dagegen ist viel Skepsis, ja sogar eine Art EG-Pessimismus feststellbar. Dabei denke ich nicht in erster Linie an das Scheitern des Gipfels von Kopenhagen, sondern an Stimmen führender deutscher Politiker wie Helmut Schmidt und Kurt Biedenkopf. Als ein weiteres Szenarium ist daher auch der Fall einzubeziehen, wo der EG-Zeitplan nicht wie vorgesehen verläuft.

Staatssekretär Blankart hat vor Jahresfrist acht politische Hindernisse aufgelistet, die einem EG-Beitritt der Schweiz im Wege stehen. Die Hindernisse selber sind von unterschiedlichem Gewicht. Von grosser Bedeutung sind dabei vor allem die Folgen für unsere Referendumsdemokratie, die einem Einbruch in unsere Identität gleichkämen. Für mich ist noch ein anderer Punkt, von dem der-



zeit noch wenig die Rede ist, schwergewichtig: die vorgesehene Freizügigkeit aller Arbeitnehmer innerhalb der EG. Man stelle sich vor, was das bedeutet. In der EG gibt es rund 16,5 Millionen Arbeitslose. Beim EG-Kandidaten kommen nochmals über 5 Millionen Menschen dazu, die allenfalls in die europäischen EG-Länder strömen möchten.

Es gibt kein EG-Land, das eine ähnlich geringe Arbeitslosigkeit aufweist wie die Schweiz. Es müsste damit gerechnet werden, dass der Arbeitsmarkt Schweiz auf die anderen EG-Länder eine ähnliche Sogwirkung wie heute im Flüchtlingsbereich hätte. Unsere stabilisierte Fremdarbeiterpolitik - in den sechziger und siebziger Jahren aus einer tiefen Vertrauenskrise entstanden - wäre im Eimer. Ein Industrieller soll kürzlich gesagt haben, es braucht 5 Prozent Arbeitslosigkeit in der Schweiz, bis unser Volk bereit sei, den EG-Beitritt zu vollziehen. Vor dem Hintergrund der mit der Freizügigkeit verbundenen Arbeitsmarktprobleme muss eine solche Aussage als verantwortungslos oder dumm bezeichnet werden. Wahrscheinlich ist sie sogar beides.

### Klare Verantwortlichkeiten

Bei schwierigen Geschäften ist eine klare Verteilung der Aufgaben und der Verantwortung unabdingbare Voraussetzung. Beim EG-Dossier hat der Bundesrat -

### Zahlreiche Vorbehalte

#### FDP-Stellungnahme zum Energieszenarienbericht

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) nimmt nach einer ersten Wertung mit zahlreichen Vorbehalten vom Bericht der Expertengruppe Energieszenarien Kenntnis. Dieser kann deshalb für die Partei nur Teil mehrerer Entscheidungsgrundlagen für die Gestaltung der schweizerischen Energiepolitik von morgen sein. Die FDP tritt weiterhin dafür ein, dass unser Land sämtliche energiepolitischen Optionen offenhält und der sparsamen sowie rationellen Verwendung der Energie wie auch deren Diversifikation einen höheren Stellenwert als bisher beimisst.

Für die FDP sind, wie dies im Bericht getan wird, Annahmen auf 40 Jahre hinaus mit zu vielen Unsicherheitsfaktoren behaftet, als dass auf einer solchen

Basis weitreichende, die Energiepolitik der jetzigen und künftiger Generationen betreffende Entscheide gefällt werden können. Die Partei ist der Ansicht, dass das heute verfügbare wissenschaftliche Instrumentarium nicht genügt, um die Auswirkungen solcher Beschlüsse ausreichend abzuschätzen. Auch kann bei solchen Zeithorizonten der technologische Fortschritt zu wenig berücksichtigt werden.

Vorbehalte bringt die Partei aber auch gegenüber den verschiedenen zur Diskussion gestellten weitreichenden staatlichen Instrumenten und Auflagen mit ihren finanz-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Folgen an. Im übrigen hegt sie grösste Zweifel daran, ob solche Massnahmen, die zum Teil dem Souverän zu unterbrei-

ten sind, auf Zustimmung stossen. Die tägliche Abstimmung an der Steckdose spricht eine andere Sprache.

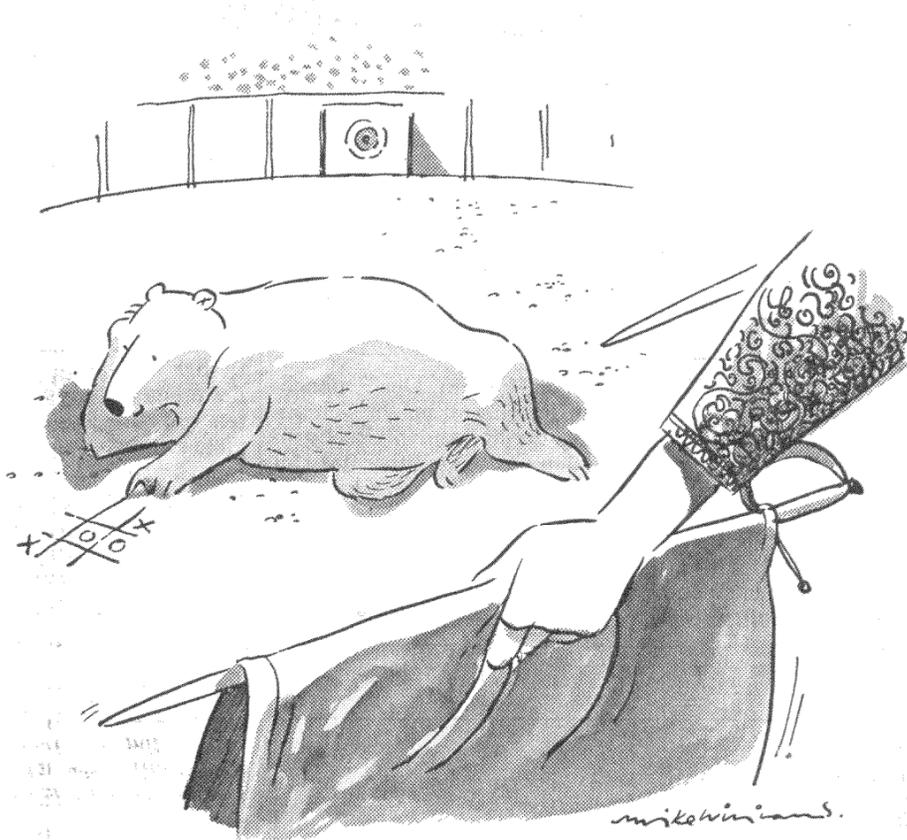
Ein Fragezeichen setzt die FDP hinter die im Bericht aufgeführten volkswirtschaftlichen Konsequenzen eines ganzen oder teilweisen Ausstiegs aus der Kernenergie bzw. der massiven Mehrbelastung bestimmter Energieträger. Die Partei schliesst bei einem energiepolitischen Alleingang der Schweiz die Verlagerung energieintensiver Produktionen ins Ausland wie Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft nicht aus. Kritische Anmerkungen sind nach Meinung der FDP sowohl gegenüber der Zusammensetzung der Expertengruppe wie der Hektik bei der Ausarbeitung des Berichtes anzubringen. Die Partei fragt sich auch, ob die Vergabe von Studien an Mitglieder der Expertenkommission sinnvoll war.

über das EVD und das EDA - die Führung wahrzunehmen. Das Parlament ist laufend zu orientieren. Auf parlamentarische Eigeninitiative und Extratouren - wie kürzlich gehabt - ist zu verzichten. Der Bundesrat muss auch klare Kommandoverhältnisse in der Verwaltung schaffen. Ein Verwirrspiel mit Mehrfachkompeten-

zen, wie wir es beim Eureka-Projekt erlebten, darf es bei einem Dossier von so existentieller Bedeutung nicht mehr geben. Die Führung hat hier beim Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) zu liegen.

Wenn wir die EG-Runde mit ähnlichem Erfolg wie beim Freihandelsabkommen von 1972 an-

gehen wollen, erfordert das seriöse Vorbereitung, klare Verantwortlichkeiten und wenig politischen Lärm. Für unsere Verhandlungspositionen werden vor allem Stärke und Gesundheit unserer Wirtschaft wichtig sein. Konkretes Handeln hilft dieser mehr als noch so schöne Deklarationen der Politiker.



## Was hat ein Bär mit einem Bullen gemeinsam?

Tatsächlich sehr wenig. Bullen neigen dazu, der Herde blindlings zu folgen, loszustürmen, ohne nachzudenken. Kaum Eigenschaften, die Sie von Ihrem internationalen Vermögensberater erwarten. Darum kommen private und institutionelle Anleger aus aller Welt zur Bank Julius Bär, einer der führenden Schweizer Privatbanken, mit dem Ziel, ihre Vermögensanlage auf umsichtige Art und Weise zu erhalten und zu mehren. Seit nunmehr über 40 Jahren haben wir uns in diesem Sinne in der internationalen Vermögensverwaltung bewährt.

JB<sup>co</sup>B

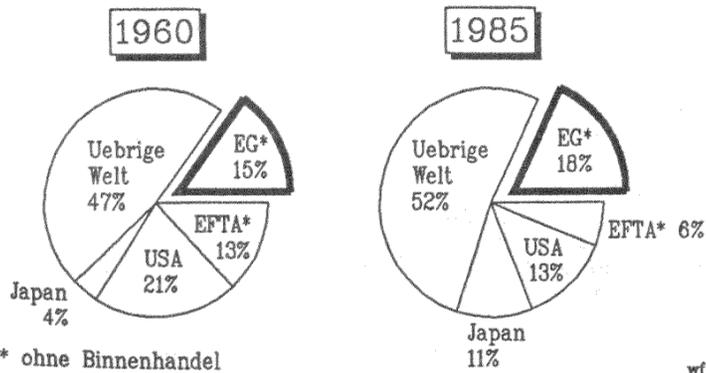
BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich · Genf · London · New York

### EG wird immer grösser

Marktanteile in Prozenten des Welthandels (Exporte, fob-Werte)



Die Europäische Gemeinschaft (EG) umfasst gegenwärtig einen Raum, in dem rund 91% der westeuropäischen Bevölkerung lebt. Auch im internationalen Vergleich hat die EG enorme Ausmasse erreicht. Während von 1960 bis 1985 der Welthandelsanteil der USA und der Europäischen Freihandelszone (EFTA), zu der auch unser Land gehört, stark zurückging, stieg derjenige der EG von 15 auf 18%. Die EG hat sich damit zur grössten Wirtschaftsmacht der Welt entwickelt. Diese Veränderung der Machtkonstellation auf dem Weltmarkt könnten insbesondere die kleineren Länder, beispielsweise die EFTA-Staaten, welche einen hohen Anteil ihres Bruttosozialproduktes exportieren, zu spüren bekommen. Die Schweiz importierte im vergangenen Jahr knapp drei Viertel ihrer gesamten Einfuhren aus dem EG-Raum, während mehr als die Hälfte ihrer Ausfuhren in die EG Staaten, insbesondere die BRD, gingen.